

# Die Etatsdebatte im Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 18. Januar.

Am Ministerische: n. Preitenbach, Dr. Senke, v. Locheil, Eydow. Präsident Graf Schwerin-Biswig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Haus tritt in die erste Lesung der Haushaltsrechnung. Abg. Dr. v. Heidebrand (kons.): Zunächst einige Worte zum Etat. Erreicht ist, daß aus den höheren Steuerzuschlägen des Jahres 1916 ein Teil des Defizits gedeckt werden konnte. Daß der Etat für 1917 mehr der Wirklichkeit entsprechend aufgestellt ist, ist gleichfalls erfreulich. Mit besonderer Genugtuung erfüllt uns, daß auch in diesem Jahre trotz der gewaltigen Kriegslasten Preußen die Erfüllung seiner Kulturaufgaben nicht vergessen hat. Die Einnahmen aus den direkten Steuern, die ja das Rückgrat des preussischen Etats bilden, zeigen eine beträchtliche Erhöhung. Vieles ist auch das Kapital selbst schon angegriffen worden. Da kann und muß die Zukunft noch Änderungen bringen, denn

## gegen weitere Erhöhungen der steuerlichen Belastung

bestehen ernste Bedenken. Der Eisenbahnverwaltung sagen wir für ihre Tätigkeit unsere Anerkennung. (Beifall.) Alles in allem können wir, da unser Finanzwesen auf gesunden Grundlagen aufgebaut ist, ruhig in die Zukunft schauen. Daß für den Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen bisher schon fast 700 Millionen aufgewendet werden konnten, verdient ganz besondere Anerkennung. (Beifall.) Preußen, das versprochen hat, die aus Ostpreußen in die Gefangenschaft weggeführten Bewohner auszuliefern, entsagt sich noch immer seiner Verpflichtung, und die armen Ostpreußen sind weiter schulpflos und hilflos dem Feind preisgegeben. Möge die preussische Regierung bei der Reichsregierung darauf dringen, daß den Russen gegenüber eine Sprache angeschlagen wird, wie jetzt gegenüber den Franzosen. (Beifall.) Eine solche Sprache wird auch in Rußland ihre Wirkung nicht verfehlen. Unsere wirtschaftliche Lage ist reich an Entbehrungen und Opfern. Wir können das ruhig aussprechen, denn das Ausland weiß, was wir jetzt unserer Bevölkerung zumuten müssen. Mit den Waffen können sie uns nicht besiegen, und so hoffen sie, daß Mangel und Not, Unzufriedenheit und Uneinigkeit schließlich die Kräfte unseres Volkes lähmen werden. Auch diese Hoffnung muß zu Schanden werden. (Beifall.)

## Eine Mahnung an die Bauern.

Deshalb dazu ein offenes Wort zunächst an die ländliche Bevölkerung. Sie hat es gewiß schwer bei dem Mangel an Arbeitskräften und angesichts der Tatsache, daß zweifellos manche Berodnung nicht das Nötigste trifft. Trotzdem muß die ländliche Bevölkerung mehr leisten als bisher, sie muß sich klar darüber werden, daß sie mehr Opfer bringen muß, als ihr vorgeschrieben sind. (Zustimmung.) Jetzt gilt es, die Probe auf das Exempel zu machen, daß wir alle ein Volk von Brüdern sind. (Beifall.) Das Bewußtsein von der Not dieser schweren Zeit ist noch nicht in alle Teile der ländlichen Bevölkerung gedrungen.

Man sollte die Antwort, die die Entente dem Präsidenten Wilson gegeben hat, allgemein anschlagen, damit man auf dem Lande überall erkent, was uns bevorsteht, wenn dieser Krieg verloren wird. (Sehr gut!) Die Landwirtschaft muß selbst den Beweis dafür liefern, daß sie leisten kann, was sie versprochen hat, als sie Schutz und Förderung von den anderen Ständen verlangte. (Sehr gut!)

Auch die städtische Bevölkerung leidet schwer. Es ist ein trauriger Anblick, sehen zu müssen, wie Frauen nach ein paar Kartoffeln stehen müssen und wie die städtische Bevölkerung für die einfachsten Lebensbedürfnisse geradezu unerreichbare Preise zahlen muß. Es ist menschlich verständlich, wenn die Städter aus Unkenntnis dafür das Land verantwortlich machen. Jeder, der das Land kennt, weiß aber, daß das nicht richtig ist. Unsere Feinde hoffen, uns durch innere Zwietracht zu veranlassen, einen schwächlichen Frieden zu schließen. Aber wenn wir auch noch lange darben müssen, wollen wir nicht durch überflüssige Mitteilungen an unsere Truppen diesen die innere Kraft nehmen, die sie brauchen. Unsere Frauen müssen mehr als bisher lernen zu leiden, ohne zu klagen. Unsere Behörden haben eine gewaltige Arbeit geleistet, ohne die wir nicht so dastehen würden. Was wir haben, ist wenig, aber das Wenige muß so eingeteilt werden, daß jeder etwas hat, und daß wir durchkommen können und daß unsere Krieger keine Sorge haben, daß wir innerlich zerfallen, während sie den Feind von uns abwehren.

## Die militärische Lage.

Militärisch hat uns das vorlossene Jahr ganz Gewaltiges gebracht. Wenn wir bedenken, wie furchtbaren Angriffen unsere tapferen Krieger an der Somme ausgesetzt waren, wenn wir die Kesselfämpfe bei Verdun betrachten, wenn wir uns den glänzenden Siegeszug unserer Truppen nach Rumänien und in Rumänien, den man wohl als das ureigenste Werk unseres Generalfeldmarschalls von Hindenburg bezeichnen darf (Beifall), vergegenwärtigen, wenn wir daran erinnern, was unsere tapferen Seeleute geleistet haben, an die glänzende Seeschlacht am Stagarraf, an das, was unsere U-Boote geleistet haben, so ist ja kein Dank innig und groß genug, um auszusprechen, was uns da bewegt. (Zustimmung.) Unsere Helden draußen müssen sich mit dem Gefühl begnügen, daß sie für ihr Vaterland, ihre Familie und ihr Dasein kämpfen. Das wird ihnen weiter die Kraft geben, durchzukämpfen. (Beifall.) Aber wir wollen uns auch keiner Täuschung hingeben. Wenn man die Antworten liest, die trotz der Kriegslage unsere Feinde uns und dem amerikanischen Präsidenten gegeben haben, so muß man gewiß sagen, das ist lächerlich, obwohl man in gewissem Sinne eigentlich dankbar dafür sein muß, daß sie die Maske haben fallen lassen! (Sehr richtig!) Aber wir wollen uns nicht verhehlen, daß eine ganz gewaltige Kraftanstrengung auf der anderen Seite noch gemacht werden wird, die uns vor gewaltige Proben stellen wird. Zwar hat man gegenüber den Prophezeien auf der Gegenseite manchmal das Gefühl: Kinder im Dunkeln fingen sich ein lautes Lied. Aber die Regierungen, die die Verantwortung tragen, sind dort noch am Ruder und müssen wie ein Spieler, der verliert, alles auf die letzte Karte setzen.

## Der Ruf des Kaisers.

Nicht genug Dank und Anerkennung und tiefe Bewunderung kann man für die Worte aussprechen, die der Kaiser im Aufruf an das Meer und an unser Volk gesprochen hat. (Lebhafte Beifall.) Diese Worte müssen dauernd in der Bevölkerung festgehalten werden. (Zustimmung.) Unser König soll sich nicht täuschen; das preussische Volk steht hinter ihm wie ein Mann und wird ihm folgen auf dem Wege zum Kampf und zum Sieg, den er uns weisen und führen wird. (Lebhafte Beifall.) Wir danken ihm, daß er in seinem Appell die Geduldigkeit unserer Sache betont hat. Dieses Wort, das man für unerlässlich halten möchte, ist doch nicht überflüssig, wenn man hört, wofür die Gegner kämpfen. Jetzt, wo wir die ganze Vorgeschichte des Krieges kennen, ist es von den Engländern eine Feindschaft ohne gleichen, wenn sie, die seit Jahrzehnten den Krieg vorbereitet haben, sagen, sie kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit. Was der Kaiser von uns verlangt, ist unsere Pflicht. Wenn wir ihm auf dem Wege zum Sieg folgen wollen, dann ist es uns notwendig, daß wir im Innern ein ganz, ganz einiges Volk sind. (Lebhafte Beifall.) Deshalb enthalte ich mich des Eingehens auf innerpolitische Fragen, die man in anderen Zeiten ruhig erörtern kann, die aber in dieser Stunde nicht am Platze sind. (Sehr richtig!) Jetzt kommt es nicht darauf an, Zukunftsideen auszumalen, von denen doch kein Mensch weiß, wie sie sich später ent-

wickeln werden, und die am letzten Ende doch dazu führen, daß die Gemüter erregt werden. Die Stunde braucht ein einziges Volk, wo ein Mann zum anderen steht. (Sehr richtig!) Was uns den Krieg gewinnen läßt, ist unsere Siegesgewißheit. Was vor uns steht, das ist das, was mit allen Mitteln von uns erstrebt werden muß und erstrebt werden wird. (Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann: Wahrscheinlich! Zurufe: Das ist die Höhe!)

## Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg.

Wenn wir den Sieg erstreben wollen, dann ist unbedingt erforderlich, auch die Waffen anzuwenden, die uns unserem zähesten und stärksten Gegner England gegenüber die Möglichkeit geben, den Sieg wirklich zu gewinnen. (Lebhafte Beifall.) Das muß ausgesprochen werden. Wenn unsere militärischen Instanzen, die Oberste Heeresleitung und der Kaiser es für angebracht und zutreffend erachten, von dem uneingeschränkten U-Bootkrieg den erforderlichen Gebrauch zu machen, dann wird das deutsche und preussische Volk bereit sein, die Folgen zu tragen. (Stille. Beifall.) Abg. Hoffmann: Wer gibt Ihnen das Recht, das zu sagen? — Erneuter leb. Beifall. Abg. Hoffmann ruft mehrmals: Das ist heller Wahnsinn!, worauf der Beifall für den Redner bei jedem Mal um so stärker einsetzt. Zuruf rechts: Straßenzug! — Präsident Graf v. Schwerin ersucht, den Redner nicht zu stören.) Die Zurufe des Abg. Hoffmann stören mich nicht. Aber ihm behleibt seit längerer Zeit, einen Ton anzuschlagen, den wir in diesem Hause eigentlich nicht gewöhnt sind. Ich weiß nicht recht, welcher Umstand Herrn Hoffmann zum Mentor des Hauses macht. Der Ton seiner Ausführungen und Bemerkungen entspricht auch nicht der Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden.

Wir wollen siegen. Das ist die Voraussetzung für alles, was wir nach dem Kriege zu erreichen hoffen. Wenn man der Meinung ist, es werde dann alles bleiben, wie es ist und jeder werde seine eigenen Lasten tragen, so ist das ein ganz gewaltiger Irrtum. Dann muß eine ganz andere Sprache gesprochen werden.

## Die Kriegsziele.

Wir müssen verlangen, daß wir an unseren Grenzen anders als bisher geschäft werden. Wir können es uns nicht zum zweitenmal leisten, daß wir in der Weise überfallen werden, wie es geschehen ist. Die Schadenshaltung, die unsere Gegner begehren, werden auch wir verlangen. (Lebh. Beifall.) Wir müssen fordern, daß unser Volksleben so wiederhergestellt werden kann, wie es vor dem Ueberfall gewesen ist. Pergegenwärtigen Sie sich, wie unser Volksleben in den nächsten Jahrzehnten aussehen würde, wenn das nicht geschieht? Angesichts der angerichteten Verwüstungen können wir vor Berhältnissen, die unsere ganze Zukunft in Frage stellen. Darum werden auch wir Garantien verlangen, wie sie jetzt unsere Gegner fordern, und zwar nicht bloß für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. (Beifall.) Wir werden und sollen ein Volk bleiben, das in der Welt keine Bedeutung hat, darum müssen uns die Unterlagen gegeben werden, diese Zukunft, die uns der Krieg verheißt und gebracht hat, zu erringen und festzuhalten. Wann und was das sein wird, wird sich entscheiden, wenn der Krieg gewonnen und der Sieg unser sein wird. (Beifall.) Was uns im laufenden Jahr noch an Schwerm bedrückt, das weiß Gott allein. Wir aber wollen alle, alle unsere Pflicht tun. (Lebh. Beifall.)

Abg. Herold (Ztr.): Das Bild, das uns der dritte Kriegshalbjahr bringt, ist nicht unerfreulich. Der Anerkennung der Leistungen der Eisenbahnverwaltung schließen wir uns durchaus an. Was während des Krieges in Ostpreußen geleistet ist, verdient Bewunderung. Die Fürsorge für die Kriegsbeteiligten ist eine wichtige Aufgabe unserer Regierung, die sie in Zusammenarbeit mit den Gemeinde- und anderen Instanzen lösen muß. Weiter bedarf der Handwerker, der Kleinhandel und überhaupt der Mittelstand der Unterstützung. Den Beamten und den Altpensionären bringt der Vorschlag ja schon erfreuliche Hilfe. Die Landwirtschaft hat Großes in diesem Kriege geleistet. (Beifall rechts.) Ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und Verbraucher muß geübt und gefunden werden.

Wir haben die Friedenshand im Bewußtsein unserer Stärke ausgestreckt. Nach der Ablehnung durch unsere Gegner heißt es alle Mittel zu Lande und in der Luft, über, auf und unter dem Wasser auszunutzen. Unsere U-Boote können noch viel mehr leisten. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Wann dies geschehe, überlassen wir der Einsicht unserer Obersten Heeresleitung. Die Leistungen unserer Industrie und unserer Ärzte können gar nicht genug anerkannt werden. (Beifall.) Wir hatten durch bis zum siegreichen Ende. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (fr.): Den Ausführungen des Abg. v. Heidebrand über den Etat und über die verschleppten Ostpreußen stimmen wir durchaus zu. Unsere Regierung muß mit allen Mitteln dahin wirken, daß unsere Gefangenen menschenwürdig behandelt werden. Nun zur polnischen Fraae. Die Erklärung des Führers der polnischen Fraktion hat allgemein enttäuscht. Das Wichtigste ist hier eine Verständigung mit der katholischen Kirche bezüglich des Religionsunterrichtes. Der polnische Klerus hat sich während des Krieges durchaus ruhig und loyal verhalten. Wir müssen versuchen, ihn dauernd aus der großpolnischen Bewegung auszulösen.

## Für den konfessionellen Frieden.

Das liegt auch im Interesse der konfessionellen Friedens, und den muß uns der Krieg unter allen Umständen bringen. Nach dem Kriege stehen wir vor so ungeheuren Schwierigkeiten, daß wir jede innere Reibungsfläche nach Möglichkeit beseitigen müssen. (Beifall.) Wir haben volles Verständnis für die Gefühle der Katholiken, namentlich für ihre Entrüstung über die unwürdige Lage, in der sich jetzt der Papst befindet. Wenn das Zentrum immer wieder über eine ungleichmäßige Behandlung und Zurücksetzung der Katholiken im Staatsdienst plagt, so muß ich diesen Vorwurf in seiner Allgemeinheit zurückweisen. Allerdings, die Zahl der Regierungspräsidenten und Staatsbeamten katholischer Konfession ist sehr gering, aber die Katholiken haben sich auch der Verwaltung bisher nicht zugewandt. (Widerspruch i. Zentr.) Man darf hier auch nicht einfach mit der Elle messen. Aber aus konfessionellen Gründen darf man niemand zurückweisen. Da gilt heute noch Bülow's Wort: La recherche de la confession est interdite! (Sehr richtig!) Wir müssen nicht umlernen, aber zu lernen und Vorurteile ablegen. (Zustimmung.)

## Die Reform des Wahlrechts.

Nun zum Wahlrecht! Auch wir sind bereit, an der Reform des preussischen Wahlrechts mitzuarbeiten, wenn die Regierung uns eine solche Vorlage bringt. (Zuruf links: Wenn!) Die Frage der Abänderung des Wahlrechts darf unter keinen Umständen zu großen schweren innerpolitischen Kämpfen führen. Wir müssen versuchen, einen Ausgleich und eine Verständigung zwischen den Parteien zu erzielen, die auf dem Boden des abgestuften Wahlrechts stehen. Wird eine Vorlage gemacht, dann darf die Wahlreform jedenfalls nicht wieder unter den Tisch fallen. Die Stellung des Herrenhauses muß gewahrt bleiben. Hier schreckt das Beispiel Englands, wo man den Einfluß des Oberhauses immer mehr beseitigt hat. Ueber dem Herrenhause schwebt das Damoklesschwert des Parteizwangs. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir für das Herrenhaus nicht einen numerus clausus einführen. (Zustimmung rechts.)

Die Lösung der Ernährungsfragen haben wir beim falschen Ende angefaßt. Allgemein gellagt über die Tätigkeit der Z. E. G. Man darf die Sorge um die Valuta auch nicht über-treiben, denn mit der Valuta kann man niemand ernähren.

Es kommt jetzt nicht darauf an, Kriegsziele aufzustellen, sondern zu siegen. Wir müssen zur Obersten Heeresleitung das Vertrauen haben, daß sie unbeeinträchtigt bei Friedensschluß die Frage eines kaiserlichen Deutschlands sachverständig lösen wird. (Beifall.) Hindenburg gibt uns dafür die Garantie. (Beifall.) Unser Friedensangebot war eine sittliche Tat, die nach innen und außen gewirkt hat. Es ist gut, daß es darüber im Reichstag nicht zu einer Debatte gekommen ist, denn durch die Aufstellung weitergehender Kriegsziele hätten wir der Entente die Ablehnung unserer Note nur erleichtert. Nach der Reichsverfassung schließt einzig und allein der Kaiser den Frieden. Der Friede wird so kompliziert sein, daß man dem Reichstag, der in diesen Fragen nicht einmal einzig ist, gar nicht mitbestimmend heranziehen kann. Die Belgien gegebenen Zusagen sind endgültig durch das Verhalten der belgischen Regierung verwirkt. Das letzte Amerikanerfest wird im Falle nicht verstanden. Mit festestem Vertrauen steht das Volk hinter dem Meer. Wir sind unbeflegbar. Möge der Frieden bald kommen und möge er ein deutscher Frieden sein. (Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Biswig ruft nachträglich den Abg. v. Pappenheim wegen des Zwischenrufs „Straßenzug!“ zur Ordnung, ebenso den Abg. Hoffmann, der den gleichen Zuruf gesetzt hat. Der Präsident bietet den Abg. Ad. Hoffmann und seine engeren Freunde, dem Ernst der Zeit mehr Rechnung zu tragen, damit nicht im feindlichen Ausland der Eindruck eines uneinigen preussischen Volkes erweckt wird.